

Kommunale Nachhaltigkeitskompetenz entwickeln

Handeln

Bündnisse schließen mit Bürgern und Organisationen

- Regelmäßig auswerten, welche Erfahrungen Interessensverbände und Bürger mit Beteiligungsverfahren machen, und wie sie den Einfluss ihres Engagements auf die Entwicklung und Umsetzung politischer Strategien einschätzen.
- Auf erfolgreiche bestehende Partnerschaften aufbauen und darüber hinaus informelle Beziehungen zu Führungspersonen in der Zivilgesellschaft entwickeln. Sowohl formelle als auch informelle Partnerschaften und Kontakte zwischen Verwaltungsmitarbeitern/innen und Interessensverbänden fördern.
- Den Erfolg von formellen und informellen Partnerschaften kritisch auswerten und die Weiterentwicklung von informellen zu formellen Partnerschaften (und umgekehrt) aufmerksam verfolgen.
- Die Ergebnisse von Partnerschaften – seien es gemeinsame Aktivitäten, Lernprozesse oder langfristige Veränderungen – evaluieren.

Kommunikation verbessern, um etwas zu bewegen

- Multi-mediale und traditionelle Kommunikationskanäle nutzen als eine Mischung einseitiger und wechselseitiger Wege der Information und des Dialogs.
- Attraktive, leicht verständliche, aber wissenschaftlich fundierte Informationen bereitstellen.
- Unterscheiden zwischen Informationen, die neugierig machen sollen, solchen, die Effekte oder Ursachen erklären und solchen, die über Erfolg und Scheitern von Aktivitäten berichten.
- Botschaften formulieren, die sich an die Herzen richten (Werte), an den Verstand (Rationalität) und die Augen (Ästhetik).
- Regelmäßig die Einschätzung der Bürger und Beteiligten zu den verwendeten Kommunikationsmitteln abfragen.
- Erkennen, dass ein linearer „Informationen rein, Aktivitäten raus“-Ansatz für einen Wandel nicht praktikabel ist. Innovativere Modelle der Verhaltensänderung nutzen, die die komplexen individuellen Werte, Motivationen, Beziehungen, etc. berücksichtigen.

Erfahrungen unter Gleichgesinnten austauschen

- Partnerschaftsprojekte mit anderen Kommunen entwickeln und gute Beispiele aus der Praxis an andere Europäische Städte und Gemeinden weitergeben, um den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu fördern und innovative Folgemaßnahmen für das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement zu entwickeln.
- An regionalen, nationalen und internationalen Konferenzen, Workshops, Pilotprojekten und Austauschprogrammen zwischen Kommunen teilnehmen.
- Die Stadt zu einem Veranstaltungsort für nationale und internationale Events machen, um den Ruf der Kommune mit dem Thema Nachhaltigkeit zu verknüpfen und nationale und internationale Entscheidungsträger auf die eigenen Aktivitäten aufmerksam zu machen.

Als Organisation lernen

- Geeignete Fortbildungsmaßnahmen anbieten zur Organisation von Bürgerbeteiligung (von Information und Beratung bis hin zu Partnerschaften mit Interessensverbänden) und zu neuen Instrumenten der öffentlichen Verwaltung und Strategien des Projektmanagements, um die Kompetenzen der Mitarbeiter/innen zu erweitern und eine „Kultur des vernetzten Denkens“ zu Problemen und deren Lösungen zu fördern.
- Techniken und Arbeitsmethoden in den Kommunen einführen, die die Kompetenzen der Mitarbeiter/innen beim Entwurf von Projekten, aktivem Zuhören, Verhandlungen mit Akteuren und anderen ergebnisorientierten Methoden weiterentwickeln und ausbauen.
- Erfolge bekannt machen und vermarkten, besonders aktive Akteure öffentlich loben und für die Vorteile aus fruchtbaren Kooperationen werben. Engagement belohnen durch öffentliche Anerkennung, Gehaltserhöhungen oder Kompetenzerweiterungen.

Den Nachhaltigkeitsprozess steuern und glaubwürdiges Vorbild sein

- Verwaltungsmitarbeiter/innen durch Fortbildungsprogramme up-to-date halten und neue Instrumente zur zielgruppenspezifischen Beteiligung von Akteuren vermitteln.
- Klar und deutlich vermitteln, welche Form des Bürgerengagements oder der Beteiligung angestrebt wird: Öffentlichkeitsarbeit, Konsultation bei Planungsprozessen oder aktive Einbindung von Interessengruppen und Bürgern/innen bei der Umsetzung von Projekten?
- Beziehungen zwischen bestehenden Bürgerbeteiligungsforen und -prozessen in verschiedenen Ämtern koordinieren und optimieren, um Überschneidungen von Beteiligungsangeboten, ineffizienten Umgang mit Zeit und Geld und suboptimale Ergebnisse zu vermeiden
- Beispiel geben: Instrumente zum Nachhaltigkeitsmanagement in der Kommunalverwaltung etablieren und Nachhaltigkeitskriterien in alltäglichen Prozessen wie Beschaffung, Flächennutzungsplanung, Hoch- und Tiefbau, Energieversorgung und Verkehr berücksichtigen.

Umweltbewusstsein als Katalysator für nachhaltige Aktivitäten nutzen

- Umweltaspekte in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einbeziehen, indem Umweltkriterien und -indikatoren in einzelne Bereichsbudgets, Strategien und kommunale Initiativen integriert werden.
- Übereinstimmung der kommunalen Strategien mit den Zielen der UN Agenda 21, den Millennium Development Goals und den Aalborg Commitments sichern.
- Kommunale Praktiken veröffentlichen und fördern, die dreifach positive Ergebnisse zeigen (win-win-win: ökologisch, sozial und wirtschaftlich erfolgreich) und die Synergien und den Mehrwert integrierter Aktivitäten für einzelne Akteure und für die Kommune veranschaulichen.
- Eine regelmäßige Evaluation der kommunalen Strategien und Maßnahmen zur Erreichung globaler und lokaler Ziele veröffentlichen.

Einfluss auf allen Ebenen ausüben

- Verbesserungen der kommunalen Nachhaltigkeit explizit mit Strategien und Konzepten auf anderen Regierungsebenen (europäisch, national, regional, kommunal, stadtteilbezogen) in Verbindung bringen.
- Örtliche Errungenschaften im Bezug auf formale Verpflichtungen zu internationalen oder europäischen Erklärungen und deren praktische Umsetzung hervorheben.
- Verankerung von Nachhaltigkeit in gängigen kommunalen Planungen und Abläufen anregen und unterstützen, indem auf relevante internationale Rahmenwerke wie die UN Agenda 21, die Aalborg Charta und Commitments, die Millennium Development Goals und andere wichtige Rahmenwerke verwiesen wird.

Sektorales Denken in der Verwaltung überwinden

- Erfahrene Führungskräfte und motivierte Mitarbeiter/innen in den Verwaltungsabteilungen zu „Botschaftern“ für sektorübergreifendes Arbeiten in Sachen Nachhaltigkeit machen. Ein Verwaltungsnetzwerk solcher Botschafter entwickeln, um wichtigen fachspezifischen Input für alle relevanten Pläne und Entscheidungen zur rechten Zeit und am rechten Ort sicherstellen zu können.
- Umweltbezogene, soziale und ökonomische Kriterien für alle politischen Entscheidungen einführen, um sektorübergreifendes Denken zu etablieren. Wenn möglich, Ziele, Indikatoren, Verantwortlichkeiten und Überwachungsverfahren zur Bewertung der Ergebnisse mit angeben.
- Ämterübergreifende Projektarbeitsgruppen einrichten, um Expertenwissen zu (ver)sammeln und von verschiedenen Fachbereichen lernen zu können.

Kreativität und Innovation in politischen Prozessen anregen

- Den Wettbewerb unter Verwaltungsmitarbeitern/innen, Planern/innen, Künstlern/innen und anderen Individuen und Gruppen in der Bevölkerung für innovative Lösungen zu lokalen Problemstellungen anregen. Neue Ideen honorieren statt Argumente dafür zu suchen, warum sie fehlschlagen könnten.
- Neue Technologien und Methoden in Pilotprojekten testen und deren positive Ergebnisse auf die alltägliche Praxis übertragen.
- Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiter/innen und externe Partner anbieten, die deren Kompetenzen in Projektmanagement und Entscheidungsfindungsprozessen (Problemanalyse, Ideenfindung, Projektformulierung/-design, Projektdurchführung, Projektressourcen und -verantwortlichkeiten, Projektsteuerung) stärken.

Engagement für die Erreichung der langfristigen Ziele aufrecht erhalten

- Regelmäßig das Leitbild der Stadt oder Gemeinde feierlich erwähnen, um das Interesse und Engagement für seine Umsetzung aufrecht zu erhalten.
- Routinen wie beispielsweise einen „Nachhaltigkeits-Check“ einführen, die Einzelentscheidungen und -projekte des Stadtrats mit dem langfristigen Leitbild der Stadt oder Gemeinde in Einklang bringen.
- Bürger/innen und Interessenvertreter/innen immer wieder über besonders aktive lokale Gruppen und Persönlichkeiten, Erfolgsgeschichten und gute Beispiele innovativen Denkens informieren und dabei nachdrücklich auf Möglichkeiten zur Beteiligung hinweisen.
- Die Stadt oder Gemeinde als nachhaltig bekannt machen und vermarkten, um ein hohes Maß an Identifikation der Bürger mit den Zielen der Nachhaltigkeit zu erreichen, und um die besten Köpfe für die Nachhaltigkeitsbemühungen der Kommunalverwaltung gewinnen zu können.

Das DISCUS-Projekt Entwicklung institutioneller und zivilgesellschaftlicher Kompetenz für nachhaltige Stadtentwicklung

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein kommunaler Nachhaltigkeitsprozess greifbare Ergebnisse hervorbringen kann? Um untersuchen und nachvollziehen zu können, welche Formen institutioneller und zivilgesellschaftlicher Kompetenzen für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie notwendig sind, haben die DISCUS-Feldforscher in 40 Städten und Kommunen quer durch Europa Untersuchungen durchgeführt.

Die Fano-Leitlinien basieren auf den Ergebnissen des DISCUS-Projekts und fassen die Faktoren und Bedingungen zusammen, die als wesentlich für die Entwicklung von Nachhaltigkeitskompetenzen in den Kommunen erkannt wurden. Diese wurden den europäischen Kommunen während der Konferenz 'Governing Sustainable Cities' vorgestellt, die vom 4.-5. November 2004 in Fano/Italien stattfand.

Die vollständigen Ergebnisse des DISCUS-Projekts sind im Buch 'Governing Sustainable Cities' von B.Evans, M.Joas, S.Sundback und K.Theobald (Earthscan/UK) nachzulesen.

Weitere Informationen unten: www.governingsustainablecities.org

DISCUS ist ein Kooperationsprojekt zwischen folgenden Partnern: ICLEI – Local Governments for Sustainability, Europasekretariat, Freiburg/Deutschland (Koordinator); Sustainable Cities Research Institute, Northumbria University, Newcastle/GB; Abo Akademi University, Turku/Finnland; WWF-UK, Godalming/GB; Universidade Nova de Lisboa, Lissabon/Portugal; FocusLab, Modena/Italien. Co-finanziert durch die Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung, Deutsche Übersetzung finanziert durch das Österreichische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Mit finanzieller Unterstützung von:

